

Montag (Nachmittag), 4. Juni 2018

Konstituierung

5 2018.STA.708 Bericht RR

Kantonale Wahlen 2018. Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rates und des Regierungsrates vom 25. März 2018

Peter Moser, Biel/Bienne (FDP), Alterspräsident. Somit sind wir schon beim nächsten Punkt angelangt, der Kenntnisnahme des Berichts des Regierungsrats über die Gesamterneuerungswahlen und der erwachten Ergebnisse der Regierungswahlen vom 25. März 2018 sowie der Feststellung des Wahlergebnisses der Grossratswahlen. Für die JuKo spricht, so viel ich weiss, Monika Gyga.

Monika Gyga-Böninger, Obersteckholz (BDP), bisherige Präsidentin der JuKo. Bekanntlich haben am 25. März dieses Jahres Gesamterneuerungswahlen für den Grossen Rat und für den Regierungsrat stattgefunden. Der Bericht des Regierungsrats hierzu liegt vor, und wir danken bestens dafür. Allgemein darf ich kurz erwähnen, dass es im Wahljahr 2018 einen Rekord gab: Wieder haben sich deutlich mehr Kandidierende für den Grossen Rat zur Verfügung gestellt als im bisherigen Rekordjahr 2010. Das ist grundsätzlich erfreulich, und man könnte es so deuten, dass das Interesse der Bevölkerung an Politik doch da ist und die zahlreichen Kandidierenden sich auch vorstellen könnten, im bernischen Parlament mitzuarbeiten, sich zu engagieren und damit Verantwortung zu übernehmen. Wenn ich von einem neuen Rekord spreche, dann heisst das 2111 Bernerinnen und Berner auf 146 Listen beziehungsweise 730 Frauen und 1381 Männer, oder anders gesagt, ziemlich genau ein Drittel Frauen und zwei Drittel Männer. Der Anteil gewählter Frauen ist schlussendlich mit 57 von 160 Grossratsmitgliedern natürlich zusätzlich erfreulich, der Herr Alterspräsident hat es bereits erwähnt. Wenn wir in der Zusammenstellung sehen, dass erstmals der Anteil gewählter Frauen höher ist als Frauen prozentmässig kandidiert hatten, ist das erwähnenswert.

Noch eine persönliche Bemerkung: Als Frau freut mich das. Zu den Regierungswahlen sind 16 Kandidatinnen und Kandidaten angetreten. Mit der Wahl der vier Bisherigen, Frau Beatrice Simon, Herr Christoph Ammann, Herr Christoph Neuhaus und Herr Pierre Alain Schnegg, und der drei neuen Regierungsräten, Frau Evi Allemann, Herr Philippe Müller und Frau Christine Häsliger, hat sich die parteipolitische Zusammensetzung des Regierungsrats gegenüber der vorherigen Legislatur hingegen nicht verändert. Die Wahlbeteiligung ist allerdings erneut kleiner geworden. Waren es 2014 noch fast 32 Prozent Stimmberechtigte, die gewählt hatten, ist dieser Anteil bei den Grossratswahlen dieses Jahr auf 30,5 Prozent gefallen, und bei den Regierungswahlen ist er noch tiefer gesunken, nämlich auf 29,5 Prozent. Im Bericht kann man lesen, dass bei dieser Wahl nur gerade bei einem Mitglied, und zwar bei Herrn Peter Salzmann aus Mülchi, eine Unvereinbarkeit festgestellt wurde. Diese deshalb, weil er in diesem Fall als Mitglied der zentralen kantonalen Verwaltung nicht gleichzeitig dem Grossen Rat angehören darf. Als Sachbearbeiter beim Veterinärdienst des Amts für Landwirtschaft und Natur (LANAT) hat er aber bestätigt, dass er sein Arbeitsverhältnis spätestens auf Ende der möglichen Übergangsfrist, bis zum 30. November dieses Jahres, auflösen wird. Die Durchführung des Urnengangs, angefangen bei den Vorbereitungen über die Ausmittlung der Resultate am Wahlwochenende bis zur Nachbereitung, ist dieses Mal problemlos verlaufen. Das ist der Verdienst einer guten, erfreulichen und gewissenhaften Zusammenarbeit zwischen der Staatskanzlei, den Regierungstatthalterämtern und allen bernischen Gemeinden. An dieser Stelle darf man auch einmal Danke sagen für die grosse und zusätzliche Arbeit, die da über eine längere Zeit landauf und landab in allen Ämtern und Büros geleistet wurde.

Um zum Schluss zu kommen: Im Namen der JuKo beantrage ich Ihnen einerseits den Bericht des Regierungsrats zu den Gesamterneuerungswahlen vom 25. März sowie andererseits das durch den Regierungsrat mit Beschluss vom 25. April 2018 amtlich festgestellte Ergebnis der Regierungswahlen zur Kenntnis zu nehmen. Gleichzeitig ist dies in den kantonalen Amtsblättern vom 11. April publizierten Ergebnissen der Grossratswahlen gestützt auf das Gesetz über die politischen Rechte

vom Juni 2012 (PRG) amtlich festzustellen. Jetzt wünsche ich allen Ratskolleginnen und -kollegen sowie allen Regierungsrätinnen und Regierungsräten einen guten Start in die neue Legislatur und danke für Ihr Zuhören.

Peter Moser, Biel/Bienne (FDP), Alterspräsident. Danke, Monika Gygax. Ich sehe, dass noch jemand aufstehen möchte. Wird der Bericht vom Rat bestritten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Grossrat Löffel, Sie haben das Wort.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Die EVP bestreitet den Bericht nicht und nimmt ihn zur Kenntnis. Aber ich habe eine Bemerkung dazu: Dies, weil wir mit der Durchführung der Wahlen, so wie auf Seite 4 kurz beschrieben, nicht restlos zufrieden sind. Weshalb dies? – Als Bürger und Politiker erwarte ich von der Verwaltung eine dienstleistende Grundhaltung. Als Wahlverantwortlicher einer Berner Kantonalpartei erwarte ich von der Staatskanzlei ein gutes und konstruktives Miteinander für eine möglichst effiziente und reibungslose Durchführung der Wahlen. Nein, die Erwartungen wurden diesmal nicht erfüllt. Seit 1990 habe ich zum achten Mal für die EVP die Wahlen organisiert, und ich muss feststellen, dass wir als Partei noch nie mit so viel unnötigem Zusatzaufwand schikaniert worden sind wie dieses Mal. Um ein Scheinproblem zu lösen, nämlich die Wählbarkeit der Kandidierenden zu beweisen, mussten die Parteien tagelang Stimmrechtsbescheinigungen einholen – tagelang! Keine Partei ist so dumm, Kandidierende aufzustellen, die gar nicht wählbar sind. Das würde nämlich zu ungültigen Stimmen führen. Ich bin überzeugt, dass man im Gespräch mit den Parteien eine Lösung gefunden hätte, ohne einen solchen Zusatzaufwand zu produzieren. Im Hinblick auf zukünftige Wahlen bitte ich den Staatsschreiber, mit seinen Leuten dafür zu sorgen, dass man nicht am Schreibtisch neue Vorgaben erfindet, sondern mit den Parteien nach konstruktiven Lösungen sucht, wenn mögliche Probleme auftauchen. Im Fall der Wählbarkeit wäre zum Beispiel eine Lösung via Unterschrift der Listenverantwortlichen denkbar gewesen. Analog wie wir bei der Steuererklärung dafür unterschreiben müssen, dass alle Angaben in Ordnung sind und man ein Problem bekäme, wenn sich herausstellte, dass man falsche Angaben gemacht hat. Das wäre meiner Meinung nach auch hier möglich. Ähnlich wäre in Zukunft das Problem lösbar, indem die Kandidierenden beweisen müssen, dass sie überhaupt kandidieren wollen: Auch hier bin ich der Meinung, dass man mit den Parteien zusammen eine konstruktive und einfache Lösung finden wird.

Peter Moser, Biel/Bienne (FDP), Alterspräsident. Wenn ich das Votum richtig verstanden habe, wird der Bericht von Ihnen nicht bestritten. Ich frage nochmals: Wird der Bericht aus dem Plenum bestritten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. So haben Sie den Bericht stillschweigend respektive mit einem Votum zur Kenntnis genommen.